DEUTSCHE BAUZEITUNG

Herausgeber: Architekt Martin Mächler
Regierungsbaumeister Dr.-Ing. E. h. Fritz Eiselen
Regierungsbaurat Rudolf Stegemann

Organ des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen

Berlin SW 48
10. Jan. 1934
Heft 2

ARBEITSBESCHAFFUNG UND GROSSSTADTSANIERUNG

Darüber besteht kein Zweifel, daß die körperliche und seelische Gesundheit eines Menschen unter allen Umständen materielle Voraussetzungen hat. Die materiellen Voraussetzungen für das körperliche Wohlbefinden und die seelische Versittlichung der werktätigen Bevölkerung bestehen letzten Endes aber nicht in immer höheren Löhnen, in immer größerer Erweiterung der politischen Rechte, in immer weitergehender Verbesserung des Arbeitsvertrages für die Arbeitnehmer, in immer größerer Verkürzung der Arbeitszeit und Erleichterung der Arbeitsbedingungen. Alle diese an und für sich wertvollen Mittel zur Verbesserung der Lage des Arbeiters sind vielmehr von vornherein zur Wirkungslosigkeit verdammt, wenn nicht als Lebens- und Entwicklungsgrundlage zunächst einmal die Wohnfrage für die Arbeiterbevölkerung gelöst wird. Die Wohnfrage läßt sich aber nicht anders lösen, als wenn die Wohnhöhlen, die die Miasmen körperlicher, geistiger und sittlicher Versumpfung enthalten, allmählich geräumt werden und die werktätige Bevölkerung in solche Wohnverhältnisse gebracht wird, auf deren Grundlage sich überhaupt erst ein körperlich, geistig und sittlich gesundes Leben führen läßt. Solange dem einzelnen Menschen nicht ein bestimmtes und naturnahes Wohnareal zur Verfügung steht, kann er immer nur in Ausnahmefällen körperlich, seelisch und sittlich gesund sein. Die Regel muß sein, daß er in irgendeiner der genannten Beziehungen von Zersetzungsfermenten angefressen wird. — Wollen wir ein aufbauend gesinntes, von Staatsverständnis durchdrungenes und am Aufbau des Staates interessiertes werktätiges Geschlecht erziehen, so wird es sich einfach darum handeln, ob es uns gelingt, die Wohnungs- und Siedlungsfrage insbesondere für die werktätige Bevölkerung zu lösen oder nicht. Wird sie gelöst, dann tritt die Gesundung mit völliger Selbstverständlichkeit auch bei größten Menschenanhäufungen, also auch den Großstädten, ein, deren Entwicklung nun einmal unser Schicksal und darum die entscheidende Kulturaufgabe der Menschheit überhaupt ist.

Unter diesen Gesichtspunkt wollen wir die Frage der Großstadtsanierung im Rahmen der Arbeitsbeschaffung stellen. Zunächst aber wollen wir die Behandlung des Themas Arbeitsbeschaffung, die wir in Heft 1 unserer Zeitschrift begonnen haben, in bezug auf seine internationale und energiepolitische Bedeutung fortsetzen, um so einen größeren Überblick zu gewinnen, der es uns ermöglicht, die Frage der Großstadtsanierung auch über den bevölkerungspolitischen und sozialen Gesichtswinkel hinaus kennenzulernen.

Martin Mächler

ARBEITSBESCHAFFUNG IM AUSLAND UND BEI UNS

Nicht nur Deutschland: fast alle wichtigen Länder der Welt stehen heute vor der Notwendigkeit der Umbildung, unter dem Zwang zum Neubau. Die Periode der Überwindung der Weltkrise hat überall den Ruf nach Arbeitsbeschaffung laut werden lassen und Versuche zu einer Verwirklichung in den verschiedensten Formen zur Reife gebracht. Dabei ist zwar die Unzulänglichkeit des Begriffs „Arbeitsbeschaffung" nicht überall ausdrücklich ausgesprochen worden oder zu Bewußtsein gekommen, wohl aber hat die Praxis vielfach bereits entscheidende Schritte über den zu engen Rahmen dieses Begriffs hinaus getan; allerdings ist sie noch nirgends dazu gelangt, die neue Gestalt des staatlichen und gesellschaftlichen Baues, die sich aus den Lehren der Krise und aus dringendem Bedürfnis der Völker gleich zwingend ergibt, rein und fertig vor das Auge des Beschauers zu stellen. Dies gilt sowohl für Italien wie für die Sowjetunion; es gilt ebenso für die Vereinigten Staaten.

Die sowjetrussischen Planexperimente lassen sich zwar auch heute noch nicht abschließend beurteilen. Daß sie über den Rahmen einer Arbeitsbeschaffung weit hinaus gegangen sind, ist offenbar. Eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land ist nicht gelungen, teils weil die aus der technischen Rückständigkeit des russischen Bauerntums erwachsenden Widerstände unterschätzt wurden, teils weil die bolschewistische Ideologie die notwendige polare Spannung zwischen Gemeineigentum und Privateigentum, zwischen Gemeinnutz und Eigennutz gerade in der Sphäre des Bauern verkannte.

Eine spezielle Arbeitslosigkeit in der Industrie hat in Rußland kaum je bestanden, diese Geißel der hochindustriellen Länder war dort kein entscheidendes Problem, und daher kann aus den russischen Arbeitsbeschaffungsexperimenten nicht einmal im negativen Sinne eine Lehre gezogen werden. Was schließlich den Neubau der Industrie anlangt, so wird über aller berechtigten Kritik an den bolschewistischen Methoden ein Grundzug allzu leicht übersehen: daß nämlich dieser Neubau, vor allem also die Bevorzugung der Schwerindustrie und die Verlegung der industriellen Zentren nach dem südlichen Ural, nach Westsibirien und Mittelasien im wesentlichen machtpolitischen Erwägungen entsprang; es sollte ein leistungsfähiges Industriegebiet an einer Stelle geschaffen werden, die jeder machtpolitischen Bedrohung von außen so weit wie irgend möglich entrückt ist.

Der Vorrang der Politik vor allen andern Lebensäußerungen eines Volkes wurde selten so deutlich demonstriert wie durch die Rücksichtslosigkeit, mit der dieser Gesichtspunkt gegen alle Bedürfnisse der

russischen Volksmassen durchgesetzt wurde. Daß dabei außerdem zahllose Mißgriffe, wilder Überbürokratismus, Desorganisation, Vergeudung und Korruption überwucherten, liegt im Wesen einer bürokratischen Planwirtschaft, am meisten einer solchen, die, wie die russische, mit einem unzulänglich geschulten und meist nur durch äußeren Zwang zusammengehaltenen Menschenmaterial arbeitet. Was die Großstädte anlangt, so ist man weder mit einer Sanierung von Moskau und Leningrad, noch mit der Neugründung von Industriestädten richtig vorwärtsgekommen.

Der italienische Typ der Arbeitsbeschaffung und -planung ist völlig anders. Was in Rußland mit seiner zu neun Zehnteln ländlichen Bevölkerung mißlang, nämlich eine neue Koordination der ländlichen und der industriellen Produktion, das ist in Italien, wo zur Zeit des Sieges der faschistischen Revolution nur höchstens zwei Drittel der Bevölkerung noch ländliche Arbeit taten, offenbar zu einem wesentlichen Teil bereits gelungen. Zum mindesten ist festzustellen, daß Italien seine mehrere Jahre hindurch geführte Getreideschlacht gewonnen hat — auch dies übrigens ein Akt von wesentlich weltpolitischem Charakter; er sicherte die Unabhängigkeit der Volksernährung, wenigstens auf dem Gebiet des Brotes, vom Auslande.

Der Umbau der Industrie ist in der Hauptsache der Privatinitiative überlassen worden, aber unter zielbewußter, durch den korporativen Aufbau konkret gestalteter Führung des Staates.

Eine typische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im Zusammenhang mit einer allgemeinen Aufbaupolitik ist die Schaffung neuer Städte auf dem Gebiet früherer Sümpfe; hier ist Agrarpolitik, Volkshygiene und Städtebau aufs engste nach Ursache und Wirkung miteinander verflochten. Dasselbe gilt von den Ansätzen einer Sanierung der Innenstadt Roms.

Im Gegensatz sowohl zu den russischen Scheinplänen wie zu der festen italienischen Führung trägt die Politik des amerikanischen Präsidenten Roosevelt den Charakter eines bewußten und offen zugegebenen wilden Experimentierens. Vielleicht hat man es hier mit einer methodischen Überraschungsstrategie zu tun — aber sicher ist auch das nicht, und jedenfalls ist es hier noch weniger als gegenüber anderen Erscheinungen schon möglich, die weitere Entwicklung zu beurteilen. Die große Aufgabe, die Beziehung zwischen Stadt und Land neu zu ordnen, ist in Amerika ebenfalls gestellt, und sie hat hier sogar, wie es scheint, fast das entscheidende Gewicht. Ein konstruktiver Gedanke zu ihrer Lösung ist bisher nicht sichtbar geworden, denn die Absicht, ausschließlich mit dem Mittel der Hebung der Welt-Agrarpreise zu wirken, kann als solcher wohl kaum betrachtet werden.

Die Arbeitsbeschaffung für die Industrie ist über den engen Rahmen dieses Begriffs noch kaum hinausgegangen. Die für diesen Zweck bereitgestellten Beträge gehen zum Teil zu Lasten der öffentlichen Kassen (also der Steuerzahler), zum andern, wohl der größere Teil, werden sie auf dem Wege der Ausweitung des Kredits beschafft; wer diese Kosten letzten Endes tragen wird, hängt von dem Erfolg der Maßnahmen ab.

Die eigenartige Spezialgesetzgebung der sog. „Codes" versucht für die verschiedenen Industrien eine Ordnung zu schaffen, die jedoch bisher offenbar nur als Regelung des Konkurrenzkampfes und des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern wirken sollen, während ein neuer Aufbau von irgendwelchen zusammenfassenden, energie- oder nationalpolitischen Gesichtspunkten bis jetzt nicht erkennbar wird.

In verschiedenen Formen und mit verschiedenartiger Gewichtsverteilung kehren in all diesen Ländern die gleichen Grundfragen wieder: Neuordnung des Verhältnisses Stadt-Land, einheitlicher Neubau des industriellen Körpers, Einordnung in die übergreifenden politischen Ziele. Durchweg ist fühlbar geworden, daß es nicht damit getan ist, den Arbeitslosen nur irgendwelche Beschäftigung an sich zu geben, überall hat sich ergeben, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann mit heroischen Anstrengungen, die den gesamten Bau des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft erfassen. Damit ist jene Kritik vollkommen gerechtfertigt, die schon 1926 an den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der damaligen deutschen Regierung geübt wurde. Unter der Überschrift „Energiepolitik als Motor" hieß es damals in der „Industrie- und Handelszeitung" (7. Sept. 1926) u. a.:

„Alle Vorschläge, die bisher in der Öffentlichkeit zur Frage der Beschäftigung der Arbeitslosen gemacht worden sind, erstrecken sich entweder auf die Verbesserung der Produktions- und Verkehrsanlagen zur Hebung der Selbstversorgung der in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten, oder aber es handelt sich um Arbeit um der Arbeit willen, d. h. um Beschäftigung arbeitsloser Personen gegen Entgelt, das aus der Arbeitslosenfürsorge fließt. Pädagogische Gründe sind im wesentlichen für diese Art der Arbeit, eine Art Füllarbeit, maßgebend. Der Arbeit, die der Verbesserung der Produktions- und Verkehrsanlagen dient, kann ein gewisser Wert nicht abgesprochen werden, während die reine Füllarbeit nicht im mindesten zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit beitragen kann. Denn was nützen Meliorationen, Talsperren, regulierte Flüsse, neue Eisenbahnen und Straßen, neue Wohnungen und dergleichen, wenn nach ihrer Fertigstellung die Räder wiederum stillstehen und das Arbeitslosenproblem unter weit schwierigeren Verhältnissen wieder in Erscheinung tritt.

Wir wissen, daß bei uns wesentliche Voraussetzungen für einen wirksamen Wettbewerb auf dem Weltmarkt fehlen. Daher muß unser Ziel sein: Voraussetzungen, Produktions- und Verkehrsanlagen zu schaffen, die uns in den Stand setzen, den Wettbewerb in der Welt in einer späteren Zeit zu bestehen...

Auf Grund dieser Erwägungen muß die Forderung der Anspannung aller Kräfte unter höchsten energiepolitischen Gesichtspunkten zur Erschließung von neuen Kulturwerten aufgestellt werden, wenngleich nicht erwartet werden darf, daß der Versuch unmittelbaren Erfolg haben wird. Trotzdem muß zielbewußt und mit aller Sorgfalt an die Arbeit gegangen werden. Eine unter höchsten energiepolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingeleitete Arbeit wird keine Notstands- oder Füllarbeit sein, sondern von selbst zur Intensivierung treiben, Initiative erwecken, die wiederum zu Qualitätssteigerungen führt und die einmal in Fluß gekommene Arbeit wird sich automatisch fortsetzen. Auf diese Weise werden wir allmählich einen Ausgleichsfaktor gewinnen, der es uns ermöglicht, unsere bestehenden veralteten Betriebe durch neue, den europäischen Verhältnissen entsprechend rationalisierte Einrichtung, zu ersetzen. Und schließlich werden dadurch diejenigen Voraussetzungen geschaffen, die für unsere Wettbewerbsfähigkeit in Frage kommen.

Konkret ausgedrückt heißt das: Der Boden, der verbessert, die Flüsse, die reguliert, die Talsperren und Kanäle, die gebaut, die Verkehrsanlagen und Wohnungen, die errichtet werden sollen, müssen gleichsam als Konstruktionsteile eines neu zu bauenden Motors behandelt werden, der in der Lage ist,

aus den Millionen deutscher Energien einen Nutzeffekt zu erzielen, der den Wettbewerb in der Welt bestehen kann. Diese Behandlung bedingt aber strengste Einheitlichkeit und straff organisierte Arbeit. Deshalb darf ein Arbeitsbeschaffungsplan, der unserer Aufgabe entspricht, niemals isolierte Arbeit, auch nicht, wenn sie unsere Selbstversorgung betrifft, fordern. Nur wo zu der technischen Leistungsfähigkeit die regulierende Erkenntnis hinzukommt, und wo beide in einer Einheit zusammengefaßt geschlossen auftritt, kann die größte Möglichkeit erreicht werden: nämlich neben höchster Kraftentfaltung zugleich ein reibungsloses Funktionieren der Kräfte."

Seit diese kritischen Bemerkungen geschrieben wurden, hat ein tiefreichender Umschwung aller Verhältnisse begonnen. Die Arbeitsbeschaffung des neuen Reiches ist im Begriff, den engen Rahmen, den dieses Wort zunächst andeutet, zu sprengen. Sie planvoll zu einem Neubau Deutschlands auszuweiten, ist eine Aufgabe, an der auch die „Deutsche Bauzeitung" nach ihren Kräften mitwirken will. Daß und warum die Sanierung der Städte ein notwendiges Glied dieses Neubaues ist, wird in andern Beiträgen dieses Heftes dargelegt werden.

Wir bringen zunächst Stimmen aus dem Berliner Rathaus, da die Sanierung Berlins baulich jedenfalls zu den schwierigsten Aufgaben gehört, dann eine Darstellung der Wohnverhältnisse in der Berliner Altstadt mit Bildern aus deren Elendsvierteln. In allgemeinerer Weise wird dann das Sanierungsproblem noch einmal erörtert, wobei Hamburg als Beispiel herangezogen ist. Ein Aufsatz über leerstehende Wohnungen läßt erkennen, wo die Teilung von Altwohnungen zweckvoll, und wirtschaftlich zu vertreten ist. Den Beschluß bildet eine schon in Nr. 1/34 angefangene Darstellung über den Eigenheimbau.

SANIERUNG DER GROSS- UND WELTSTÄDTE?

Gibt es eine Gestaltungsaufgabe für die Groß- und Weltstadtentwicklung? Der leidenschaftlich geführte Kampf gegen die Großstädte und der immer stärker werdende Ruf „zurück aufs Land" lassen uns mit aller Deutlichkeit erkennen, daß man heute geneigt ist, diese Frage grundsätzlich zu verneinen, sie zeigen aber auch, daß man weit entfernt davon ist, sie überhaupt zu erfassen.

Der Organismus einer Großstadt, dessen materielle Seite eben jene Aufgabe ist, zeigt uns an allen Beispielen, sowohl der vergangenen Kulturen als auch unserer, der abendländischen Kultur, in seiner materiellen Gestaltung und Gliederung abnorme Verhältnisse, die, wie uns die Vergangenheit lehrt, nicht nur Ursachen des Großstadtverfalls, sondern auch Kennzeichen eines Kulturniederganges gewesen sind. Bei einer näheren Betrachtung der abnormen Verhältnisse einer modernen Großstadt fällt uns sofort auf, daß sich der gesamte Bewegungsmechanismus nicht auf Grund dynamischer und statischer Gesetze logisch aufbaut, sondern es sind rein technische Schemen und Typen, die der Gestaltung gedient haben. Die gesamte Literatur der letzten 50 Jahre über Städtebau beweist die Richtigkeit unserer Behauptung für die Physiognomie wie für die Physiologie der Großstadt. Ja, wenn man diese Literatur vergleichend durchgeht, dann zeugt das Ergebnis nicht nur für die Richtigkeit unserer Auffassung, sondern die Art, wie die Materie literarisch behandelt wird, ist selbst ein Charakteristikum dieser Verhältnisse. Sie zeigt den Mangel an einer großen und eigenen Gesamtauffassung, die aus der Vergangenheit lernt, für die Gegenwart arbeitet und die Zukunft vorauszuschauen sich bemüht.

Obwohl die Schriftsteller meist zugleich auch Männer der Praxis gewesen sind, sind sie doch fast alle in dem Irrtum befangen, daß sie über ein selbständiges Objekt handeln, das sich aus dem großen Zusammenhang herausnehmen und durch Ankleben neuer Teile konstruktiv entwickeln läßt. Die Großstadt, insbesondere die Weltstadt, ist aber nicht ein selbständig zu fassender Begriff, sondern sie ist nur eine Zelle, allerdings die Hauptzelle, in dem großen Gemeinschaftsbegriff Staat, wie dieser Begriff wieder nur eine Zelle in dem überstaatlichen Begriff Staatengemeinschaft ist. Unter dieser Verkennung hat die ganze städtebauliche Literatur gelitten. Niemand von den Schriftstellern bedachte, daß der Moment ihrer Arbeit innerhalb einer unendlichen, von einer gewaltigen Leidenschaft beherrschten Bewegungsreihe lag, und daß auf ihn immer ein neuer folgen mußte, mit neuen und größeren Bedürfnissen. Niemand wußte, daß er sich in der Lage eines Wunderdoktors befand, der eine Krankheit, deren Wesen er einfach nach äußerlich wahrnehmbaren Kennzeichen beurteilte und, weil er kein Radikalmittel kannte, mit Palliativen heilte. Hatte er Glück, dann wurde die Krankheit vielleicht durch irgendwelche Umstände gelindert. Gewöhnlich aber breitete sie sich im Innern des Körpers, dem Kern des Stadtkörpers aus, der gesamte Organismus wurde angefressen, und es entstanden die sogenannten Slums. Aus dieser Art von Zufalls- und Gelegenheitsarbeit entstanden immer neue Schäden, die zu Fragen wurden. Es entstanden nacheinander eine soziale Frage, eine hygienische, eine wirtschaftliche, eine bauliche, eine ästhetische Frage, es entstanden kommunalpolitische Probleme und Konflikte der Groß- und Weltstädte, und schließlich mußte generell die Sanierungsfrage aufgeworfen werden.

Das Grundübel, das die Groß- und Weltstadt, von der wir hier sprechen, belastet, ist also die Tatsache, daß die Städtebauer die Größe der Aufgabe und ihres Inhaltes geistig nicht zu umspannen vermochten. Alle anderen Übel sind schließlich und endlich auf dieses als letzten Grund zurückzuführen. Eine harmonische Gliederung der Massen, wie sie die Art und Zahl der Bewohner und die Mannigfaltigkeit ihrer Beschäftigung erfordert, hätte insbesondere die nötige Fläche zu ihrer Voraussetzung. Das Ausmaß dieser Fläche aber ist von den bisherigen Bauherren und Baumeistern der Groß- und Weltstädte entweder nicht erkannt, oder es ist ihr aus den selbstischen Motiven einer von Sonderinteressen bewegten Klasse ihrer Bewohner bewußt verweigert worden. Aus dieser Tatsache erklärt sich vor allem, daß alles das, was in die Breite gehen mußte, in der Großstadt eintönig in die Höhe und in die Tiefe geht. Man macht keinen Unterschied mehr zwischen Gebäuden mit solchen Aufgaben, deren Art einen Bau in die Höhe gestattet, und solchen, die unter keinen Umständen in die Höhe gebaut werden dürfen. Man steht in seiner Verlegenheit um den Platz vor Unmöglichkeit, organisch und systematisch zu verteilen. Nur auf verschwindend kleine Teile namentlich

der Großstädte, die sich nicht um einen schon von alten Traditionen getragenen zentralen Teil langsam herum kristallisiert haben, beschränken sich diejenigen Gruppen, denen sowohl nach der Bauart der einzelnen Gebäude wie nach dem Gesamtplan das Wesen eines gewachsenen Organismus zugebilligt werden kann. Schon in der allernächsten Umgebung aber fallen alle Unterschiede zwischen solchen Plätzen und Wegen, die vorwiegend dem Verkehrsbedürfnis und der Tätigkeit des Kaufmanns, solchen, die insbesondere der Arbeit des Arbeiters an der Maschine, solchen, die nur der stillen Aktentätigkeit des Verwaltungsbeamten dienen, und wiederum solchen, in denen nicht gearbeitet, sondern nur gewohnt oder geruht, gespielt, den Freuden der Tafel oder des Bechers oder den edlen Genüssen der Künste in ihren mannigfaltigen Formen gehuldigt werden soll, vollkommen fort.

Ein neues Bedürfnis tritt auf, irgendeines von den vielen, die soeben genannt wurden. Nun ist kein Organismus da, der schon seit langem den gleichen Bedürfnissen entspricht, und an dem das neue Institut wie eine kleine Zelle an einen längst vorhandenen Zellenstaat angegliedert werden kann. Und wäre ein solcher Organismus da, so wäre er sicher doch längst umwallt und erdrückt von anderen Gliederungen, die ihrerseits weder selbst wachsen können noch jenem Organismus ein Wachstum gestatten. Wie hat man sich nun geholfen? Gleichviel, was für ein Bedürfnis vorlag, man suchte nur einfach nach irgendeiner kleinen oder größeren Lücke, die aus irgendeinem Zufall heraus im hochaufgefüllten Steinbaukasten der Stadt noch geblieben war, und setzte die Gebäude dahin, wo eben diese Lücke klaffte. Ob sie dort an ihrem Platz lagen oder nicht, ob sie dort zur Geltung kamen oder von der Umgebung erdrückt werden mußten, darauf wurde selten Rücksicht genommen. Auf das kostbarste Material der Großstadt, nämlich auf die Menschen, gab man bei diesem Vorgang am allerwenigsten acht. Der Städtebau war eben nicht der Menschen wegen da, sondern die Menschen des Städtebaues wegen.

So kam es denn, wie es kommen mußte: Die irdischsten unter den unvollkommenen Einrichtungen dieser Welt, jene Betriebe, in denen die Kohle als Grundlage für Energieerzeugung und Produktion dient, begannen das ganze Bild zu beeinflussen und zu beherrschen und ihre Macht über alle Bewohner der Großstädte, je mehr sich deren Bedürfnisse und damit diese Betriebe mehren mußten, von Tag zu Tag in höherem Maß auszubreiten.

Wer dem unmittelbaren Bereich dieser Schädlinge noch entfliehen konnte, der tat es. Der Reiche, der in der Großstadt Reichgewordene, hielt es nicht für seine Pflicht, die Güter, die ihm die Weltstadt geschenkt hatte, nun auch in ihrem Interesse anzuwenden, sondern kehrte ihr den Rücken und überließ sie ihrem Schicksal. Der Arme aber, der durch die verfehlte Anlage der Weltstadt gezwungen war, an dem gleichen Ort, wo er seiner von Gift und Schmutz belasteten Arbeit nachgehen mußte, auch noch zu wohnen, der infolge der Lage seiner Arbeitsbetriebe genötigt war, seine eigenen Wohnquartiere mit demselben Qualm und Rauch zu vergiften, den er schon tagsüber in der Werkstätte einatmen mußte, war nicht so glücklich wie jener. Ein Geschlecht entstand, daß man unter der Bezeichnung Industriebevölkerung wie zu einer eigenen Rasse zusammenfaßte, die durch eine große Kluft von dem übrigen Volk und besonders vom Landvolk getrennt war. Das alles waren die Folgen des gewaltigen Fehlers, daß man eine Entwicklung, wie sie namentlich mit dem Eintreten eines Großstaates in den Weltmarkt, mit einem Zurücktreten der Rohstoffe und agrarischen Erzeugung und einer dementsprechenden Industrialisierung der gesamten Produktion stets verbunden ist, weder hatte vorausschauen noch irgendwie meistern können.

Großstadtbildung ist die natürliche und notwendige Folge der Industrialisierung eines Hochkulturstaates, sie ist zwangsläufig verbunden mit der Ankoppelung eines solchen Staates an den Weltmarkt. Und doch ist es nicht notwendig, Großstädte als häßliche, regellose, mit einer Schmutzkruste bedeckte und von giftigen Gasen erfüllte Steinhaufen bestehen zu lassen. Denn die Großstadtbildung, die für den modernen Hochkulturstaat eine vitale Notwendigkeit ist, und die Vertilgung von Großstädten der Art, wie sie eben geschildert wurde, sind keineswegs Tatsachen, die einander ausschließen. Die Großstädte, unter denen unsere Zeit leidet, konnten nur dadurch entstehen, daß das wahre Wesen der großen Stadt eben von keinem ihrer Baumeister bis in die Tiefe durchschaut worden ist. Auch kann die Plötzlichkeit, mit der das Bedürfnis nach Groß- und Weltstädten auftrat, als mildernder Umstand in die Rechnung Derer gestellt werden, die beim Aufbauen die schweren Fehler begingen, unter deren Folgen wir heute leiden.

Der Städtebau der Zukunft wird nicht mehr als ein gesonderter Vorgang betrachtet werden können. Er wird im Rahmen des Staatsaufbaues als wirklicher Städtebau, nicht als regellose Zusammenpressung von Menschen und Bildung von Steinhaufen, sich nur in organisch gegliederten Wohn-, Wirtschafts- und Arbeitskomplexen so vollziehen können, daß eine dem gesamten Staatssystem entsprechende Konstruktion, ein Bewegungsorganismus, der sich auf Grund von dynamisch und statischen Gesetzen logisch aufbaut, entsteht. — M. M. —

AUS DEM BERLINER RATHAUS

Sanierung Berlins eine Notwendigkeit

Kommiss. Stadtbaurat Reg.-Baumeister a. D. Fuchs, Berlin

Im Herbst 1932 stehen in Berlin ungefähr 24 000 Wohnungen leer. Im Frühjahr 1933 sind die Hauptwohnstraßen Berlins: Die Kaiserallee, der Kurfürstendamm, das Bayerische Viertel, Wilmersdorf, Schöneberg und der alte Westen voll von Anpreisungen leerstehender Wohnungen. Achtzimmerwohnungen werden in der Kaiserallee zum Mietspreis von Sechszimmerwohnungen angeboten. Ein für den Hausbesitz im höchsten Grade bedrohlicher Zustand, und volkswirtschaftlich betrachtet Gefährdung einer Riesenkapitalsanlage.

Womit hängt diese Entvölkerung Berlins zusammen? Die Ursachen sind zahlreicher Art: Der eine verläßt Berlin, weil sein hier zentral gelagerter Exporthandel durch die Weltwirtschaftsdepression nicht mehr den Verdienst findet und er einen billigeren Wohnplatz aufsuchen muß. Der andere fühlt sich als Ausländer auch nicht mehr wohl aus vorerwähnten Gründen und sucht seine alte Heimat wieder auf oder andere Deutschland benachbarte Länder, in denen er seinen Lebensunterhalt zu finden hofft. Wieder andere aber wollen dem Be-

trieb der Großstadt entgehen, um irgendwo außerhalb der Stadtgrenze — Berlin nicht fern — nunmehr in der immer wieder zu neuen Taten anspornenden Mutter Natur Hebung ihres Schaffensgeistes zu suchen.

Gleichgültig, aus welchen Gründen jemand die Stadt Berlin für alle Zeiten verläßt, diese an sich verständliche aber bedauerliche Tatsache beweist auch, daß die Stadtverwaltung Berlin die Aufgabe hat, nunmehr für die Sanierung der Innenstadt etwas Durchgreifendes zu unternehmen.

Daß die Stadt Berlin in den verflossenen Jahren der Wirtschaftsscheinblüte über die Maßen gewachsen ist, bedarf keiner weiteren Erklärung. Berlin ist zu groß. Andererseits aber darf die Abwanderung aus Berlin sich nicht mehr in dem Maße fortsetzen, soll nicht die Rentabilität der städtischen Betriebe und Anlagen für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr gefährdet werden. Welche Mittel stehen nun zwecks Belebung der Rückwanderung nach Berlin zur Verfügung? Ein geschichtlicher Überblick lehrt, daß um die Wende des 19. Jahrhunderts der Bebauungsplan Berlins in seinen Hauptachsen bereits so festgelegt war, wie er heute noch immer besteht und für alle Zeiten bestehen bleiben wird. Damals wies der Stadtplan innerhalb der einzelnen Straßenblocks geschlossene Randbebauung auf. Ich denke hierbei an die Gegend des heutigen Belle-Alliance-Platzes mit seinen großen Innenhöfen. Die nach und nach in Berlin im Laufe der kommenden Jahrzehnte aufblühende Industrie zog aus allen Teilen des Reiches Kaufleute, Handwerker und Arbeiter nach Berlin. Dieses bedingte innerhalb der damals engen Stadtgrenzen den Ausbau der Innenhöfe dieser großen, alten Blocks. Will man heute also die Innenstadt sanieren, so muß in erster Linie darauf gesehen werden, in Anpassung an die längst festliegenden Hauptachsen und der durch sie bedingten Blocks, diese von ihren ersten, zweiten und dritten Hinterhäusern zu befreien.

Ein zweiter Punkt kommt hinzu: Der immer mehr steigende Kraftwagenverkehr in Deutschland mit seiner von allen Seiten des Reiches auf Berlin zentral zusteuernden Tendenz ist unvermeidlich und kann nicht immer mit Rücksicht auf Wohnviertel durch solche Straßen geleitet werden, die lediglich industrielle Anlagen enthalten.

Sind die Hinterhäuser beseitigt, so können an ihrer Stelle Grünflächen treten und die alten Vorderhäuser durch moderne Neubauten ersetzt werden. Die neu entstandenen Randwohnungen mit einem Blick auf alhambraartige Innenhöfe bieten für Auge und Ohr ihrer Bewohner Zuflucht vor der Straße mit ihrem Verkehr. Zur Zeit sind die in Frage kommenden Baublocks von den ärmeren Volksschichten bewohnt. Die neuen zweckmäßigen Wohnungen werden sehr begehrt werden und eine höhere Rente für die Hausbesitzer abwerfen, als sie zur Zeit aus ihren Grundstücken ziehen können. Derartig in sich geschlossene Wohnkomplexe sind ja auch bereits in Berlin an vielen Stellen vorhanden: Charlottenburg, alter Westen und die neueren Stadtviertel.

Über der Wohnstadt darf nicht vergessen werden, daß Berlin auch die größte Industriestadt Deutschlands ist. Ohne eine wieder erblühende Industrie kann auch der Wohnhausbesitz nicht bestehen. Eine weitere Aufgabe für die Sanierung Berlins liegt daher darin — für Stadtverwaltung und jeden Bürger — mit allen Kräften bemüht zu sein, unsere Industrie auf volle Beschäftigung zu bringen zur Senkung der Wohlfahrtserwerbslosenlasten und in deren Folge der Steuerlasten. Zur Zeit beträgt die Wohlfahrtserwerbslosenziffer Berlins noch 269 000 Mann. Das bedeutet für den Stadtsäckel und damit für den steuerzahlenden Bürger eine Belastung von rund 269 Millionen RM jährlich.

Die nächsten Aufgaben der Erneuerung der Berliner Innenstadt

Kommiss. Bürgermeister Lach im Bezirk Berlin-Mitte

Es ist wirklich abwegig, zu glauben, Berlin müsse an Umfang und Einwohnerzahl zurückgehen. Die Reichshauptstadt kann ihre Aufgaben als Repräsentantin des Dritten Reiches nicht bei Verminderung und Verkleinerung, sondern nur bei Erhaltung und Ausbau erfüllen. Dies gilt insbesondere für die Innenstadt. Sie ist der Kern des Zellenstaates der aus 20 Bezirken zusammengesetzten Einheitsgemeinde und daher mehr als ein bloß bruchteilmäßiger Rechnungsfaktor. Sie ist substantiell der Reichshauptstadt wichtigster und wertvollster Teil; das ist in den letzten Jahren durchaus verkannt worden. Man ließ die Innenstadt blut- und wesenlos werden.

Man duldete die Abwanderung der Gewerbe und tat nichts, um den Zug nach dem Westen, der Mode geworden war, aufzuhalten. Es geschah nichts, um den seit Jahren bestehenden Gedanken, die Innenstadt aufzulockern, zu verwirklichen. Das Stadthaus hat als Nachbarn baufällige Bruchbuden, deren desolater Zustand nicht zu überbieten ist, wie z. B. die Häuser zwischen Stadthaus und Spree an der Stralauer Straße. Im Fischerkiez zwischen Fischerbrücke und Roßstraße, aber auch darüber hinaus bis zur Grünstraße und dem Spittelmarkt sind ganze Häuserblocks abrißreif.

Der traurige Zustand des Bülowplatzes (jetzt Horst-Wessel-Platz) hat jahrelang einen häßlichen Kontrast zu dem stattlichen Gebäude der Volksbühne gebildet.

Ungeheuere Summen, die aus den Groschen der unbemittelten Volksschichten zusammengebracht waren, wurden fehlgeleitet. Man denke nur an den Bau der luxuriösen Gewerkschaftshäuser für die Parteizwecke der SPD. Die Innenstadt war vergessen. Es ist lange genug an ihr gesündigt worden. Die neue Zeit wird sie entschädigen.

Nationalsozialistische Aufbauarbeit wird schon im neuen Jahre mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ihre Erneuerung betreiben. Die Auflockerung der City wird planmäßig durchgeführt werden, nachdem das Reich für diesen Zweck Beträge zugesteuert hat.

Der Abriß der Häuserblocks um die Holzgartenstraße, Adlerstraße und Raules Hof zugunsten des gigantischen Reichsbankneubaues ist fast beendet. Es ist der Weg frei für eine großzügige Entlastung der Leipziger Straße.

Die weltberühmte Platzreihe zwischen Universität und Spree wird durch einen neuen Platz erweitert, der sich nach dem Wasser zu öffnet. In dem Gesamtprojekt, das der Führer aus der Fülle aller ausgewählt hat, wird endlich wieder angeknüpft an alte preußische Tradition.

Mit der Umgestaltung des Horst-Wessel-Platzes zu einer Grünfläche wird demnächst begonnen. Zu beiden Seiten der Volksbühne werden Ehrenhaine erstehen. Jeder Hain umschließt ein Denkmal; das eine wird dem Andenken

der seinerzeit gefallenen Polizeioffiziere, das andere dem Andenken der gefallenen Hitlerjungen gewidmet sein. Auf dem Platz vor der Volksbühne wird das Denkmal Horst Wessels stehen, der Freiheitskämpfer an der Spitze seines Sturms.

Die alten Häuser in der Linienstraße werden abgerissen und durch allen Anforderungen unserer Zeit entsprechende Wohnbauten für Kleinwohnungen ersetzt werden.

Auch an der Großen Frankfurter Straße und Lindenstraße wird entsprechend gebaut werden.

Die Grünfläche vor der St.-Georgen-Kirche am Alexanderplatz wird so bald als möglich von ihrem jetzigen lagerplatzähnlichen Zustand befreit. Bis zur Errichtung eines Hochhauses wird eine Grünfläche die zweckentsprechende Verbindung zwischen Kirche und Platz herstellen.

In verkehrstechnischer Hinsicht wird der geplante Durchbruch der Jägerstraße für den Ostwestverkehr der Innenstadt ein wesentlich anderes Gesicht geben.

Auch die Frage der Erweiterung oder Verlegung der Zentralmarkthalle wird noch in diesem Jahre der endgültigen Lösung entgegengeführt.

Umbauten des Stadtbades und die Auseinanderlegung der Steuerkasse des Bezirksamts Mitte in örtlich dezentralisierte Steuerkassen wird weiterhin Gegenstand der Erfüllung des Arbeitsbeschaffungsprogramms sein.

Die wenigen Beispiele zeigen, welche reichlichen Aufgaben dem Bezirk Mitte bevorstehen. Daß das neue Jahr ihre weitgehende Erfüllung bringen muß, ist der Neujahrswunsch aller derer, denen die Verantwortung hierfür obliegt.

WOHNUNGSVERHÄLTNISSE DER BERLINER ALTSTADT

Die Frage der Sanierung der Berliner Altstadt umschließt selbstverständlich nicht allein die Gesundung der Wohnverhältnisse, sondern sie ist in gleichem, wenn nicht höherem Maße eine solche der Gesamtwirtschaft, des Berliner Handels, des Verkehrs. Ein Blick auf den beigegebenen Plan der Innenstadt aus der Vogelschau mit seinem engen Straßengewirr, seinen ineinander geschachtelten Grundstücken, die in ihrer Zersplitterung eine wirtschaftliche Ausnutzung nach neuzeitlichen Gesichtspunkten nicht gestatten, läßt dies ohne weitere Erläuterung erkennen. Wir haben an anderen Stellen führenden Männern der Berliner Stadtverwaltung das Wort gegeben, um diese Fragen, von ihren verschiedenen Seiten betrachtet, kurz zu erläutern, darzulegen, was im einzelnen unter einer Sanierung der Altstadt zu verstehen und anzustreben ist. Wir setzen diese Betrachtungen noch fort.

Hier beschränken wir uns auf das Thema der Wohnverhältnisse, denn trotz aller Forderungen nach Hinausführung der Bewohner in die Außenbezirke, in die Stadtrandsiedlungen, wird man auch im Innern der Stadt Wohnungen für gewisse Zwecke erhalten, dann aber sie menschenwürdig neu gestalten müssen. Es dürfen dabei auch nicht die Werte vergessen werden, die in diesen alten Bauten stecken, die wir nicht ungenützt verschwenden dürfen. In unserem Bildteile geben wir einen Ausschnitt aus dem Zustande, den jetzt die Berliner Altstadtwohnungen zum Teil besitzen. Er bedarf an sich keiner weiteren Erläuterung. Sie zeigen, unter welchen unwürdigen sozialen und unhygienischen Verhältnissen hier noch Menschen hausen, sie zeigen brachliegende wertvolle Grundflächen, Ruinen, die bei Durchführung der Verkehrsunternehmungen der Stadt und bei sonstigen Abbrüchen entstanden sind und einer Wiederbebauung harren, die aber erst möglich wird, wenn die Sanierung dieses ganzen Gebietes nach großen Gesichtspunkten durchgeführt wird.

Über die Wohnungsverhältnisse der Berliner Altstadt liegt aber eine neuere aufschlußreiche Untersuchung von Bürgermeister a. D. Bruno Schwan, Geschäftsführer des Deutschen Vereins für Wohnungsreform aus dem Jahre 1932 vor*), die dieser mit Unterstützung des „City-Ausschusses", der „Berliner Verkehrs A.-G." und unter Mitwirkung von Architekt Martin Mächler, Berlin, durchgeführt hat und an deren Gesamtergebnis sich bis heute wohl kaum Wesentliches geändert hat. Wir können zum Verständnis für die hier vorhandenen Zustände und die zu lösenden Aufgaben unseres Erachtens nichts Besseres tun, als in dem nachstehenden Auszug die Ausführungen dieser Schrift unseren Lesern und der breiteren, an diesen Fragen interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

— Dr.-Ing. Fr. E. —

*) Veröffentlicht in den Schriften des „Deutschen Vereins für Wohnungsreform", 1932, Heft 10. Verlag „Die Wohnung", Berlin S 14

Der Bericht behandelt die Frage der notwendigen Sanierung der Berliner Altstadt, der Stelle entsprechend, von der er ausging, vorwiegend vom Standpunkt der Beseitigung unwürdiger Wohnzustände. Er erkennt aber rückhaltlos an, daß sozialpolitische und hygienische Rücksichten nie im Gegensatz zu der Forderung der Wirtschaft stehen können, sondern im Rahmen der Erfüllung des wirtschaftlich Notwendigen stets bleiben müssen.

So stellt diese Arbeit auch eine Ergänzung dar zu den Vorarbeiten, die die BVG in Gemeinschaft mit dem „City-Ausschuß" durchgeführt hat, um die Unterlagen zu schaffen für einen neuen Bebauungsplan für die Altstadt, der nach großen Gesichtspunkten des Verkehrs und der wirtschaftlich notwendigen Neugestaltung in absehbarer Zeit für Berlin geschaffen werden muß. Diese Vorarbeiten erstrecken sich auch auf die Untersuchung des Berliner Untergrundes, dessen Beschaffenheit zum Teil auf die städtebauliche Gestaltung und die Errichtung neuer Bauten von ausschlaggebender Bedeutung ist. (Darüber haben wir in der DBZ schon früher berichtet.)*).

*) Vgl. DBZ. 1931, Nr. 14, „Stadt und Siedlung", S. 121.

Den Kern der hier zu behandelnden Arbeit bildet dann die Wohnungsfrage.

Das Wohngebiet, auf das sich die Untersuchungen erstrecken, umfaßt etwa die Hälfte des alten Berlin-Kölln. Es ist in dem Vogelschauplan weiß umrandet, in dem unserem Bildteil beigegebenen Plan besonders dargestellt. Es wird im Norden von der Königsstraße, im Süden von der Spree, im Osten von der Alexanderstraße und im Westen von Nieder- und Oberwallstraße begrenzt. Es handelt sich um eine Fläche von etwa 90 ha, mit einer größten Länge von rund 1,5 und einer größten Breite von etwa 0,6 km.

Entsprechend dem Charakter der City als Geschäftsviertel ist die Zahl der Wohnhäuser, in denen Geschäftsräume in mehreren Geschossen untergebracht sind, verhältnismäßig groß. Dazu kommt eine Reihe bedeutender Waren- und reiner Kaufhäuser, so daß ein großer Teil der Bauten nur Geschäftszwecken gewidmet ist. Eingestreut in das Gebiet sind zahlreiche, große Grundflächen bedeckende, öffentliche Gebäude der Stadt und des Staates, die verschiedenen Zwecken dienen, ferner Kirchen, Schulen und Gerichtsgebäude.

Flugzeugaufnahme der Berliner Altstadt

Weiß umrandet das engere Gebiet, auf das sich die Untersuchungen über die Wohnverhältnisse in der Altstadt erstrecken
(Vgl. den Plan auf S. 29 des Bildteiles)

In einige stille Nebenstraßen hat der wirtschaftliche Aufschwung aber keine Veränderung bis zum heutigen Tag hineingetragen, sie werden und waren schon hundert und mehr Jahre nur von kleinbürgerlichen Wohnungen in Anspruch genommen, deren Bewohner mit fortschreitendem Verfall der Häuser sich immer mehr aus den ärmeren Volksschichten zusammensetzen. Diese Gebäude sind im allgemeinen als restlos überständig zu bezeichnen. Der Plan auf Seite 29 gibt darüber näheren Aufschluß.

Nach einer Zählung aus dem Jahre 1925 ergaben sich für diesen Stadtteil 749 Grundstücke mit 4343 Wohnungen, bewohnt von 12 684 Menschen. Auf 387 Grundstücken wurde gleichzeitig ein Gewerbe betrieben, 77 Geschäftshäuser, 22 öffentliche Gebäude, 1559 Geschäftsbetriebe wurden gezählt, während 28 Grundstücke unbewohnt waren. Von diesen ehemaligen Einzelgrundstücken sind aber eine ganze Reihe später schon zu wirtschaftlichen Einheiten zusammengelegt, auf weiteren sind inzwischen die Bauten abgebrochen, so daß bei den hier behandelten Untersuchungen unter Fortlassung der Grundstücke für öffentliche Gebäude und reine Geschäftshäuser nur 433 Wohngrundstücke mit zusammen 3635 Wohnungen festgestellt wurden, die einer eingehenden Untersuchung unterzogen worden sind. Von den 3635 Wohnungen waren am Stichtag 129 unbewohnt. Die übrigen 3506 mit gezählten 9883 Bewohnern verteilen sich auf die verschiedenen Größen wie folgt:

10,81 v. H. bestanden aus nur einem einzigen Raum (Wohnküche), 28,04 v. H. enthielten nur ein Zimmer mit besonderer Küche, 31,49 v. H. bestanden aus zwei Zimmern mit Küche, so daß also 70,34 v. H. auf Kleinwohnungen entfallen, die das Gebiet als „Armeleutegegend" kennzeichnen. Nimmt man noch die Dreizimmerwohnungen hinzu, so kommt man sogar auf 85,5 v. H. des Gesamtbestandes, so daß also nur 14,5 v. H. für Wohnungen mit vier Zimmern und mehr verbleiben. Dagegen betragen die Vergleichszahlen für den Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte 71,3 v. H. und 28,7 v. H., für die ganze Stadt Berlin 70,4 und 29,6 v. H. Betrachtet man nur die kleinsten Wohnungen mit einem Raum bzw. mit Stube und Küche, so ist deren Zahl im untersuchten Gebiet 38,85 v. H. gegenüber nur 8,6 im Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte und 4,6 v. H. in der ganzen Stadt. Dieser Vergleich kennzeichnet besonders deutlich, daß es sich hier um Wohnungselend handelt.

Prozentual gering gegenüber anderen Stadtteilen und der Gesamtdurchschnittszahl für Berlin ist allerdings der Anteil an Kellerwohnungen, da die Kellerräume hier vorteilhafter als Lagerräume ausgenutzt werden konnten. Dagegen ist wesentlich größer der Prozentsatz an Dachgeschoßwohnungen — etwa vier- bis fünfmal so viel als in Gesamt-Berlin — was sich aus der Entstehungszeit der Häuser ergibt, die meist mit Satteldach oder Mansardendach ausgestattet sind, das wahrscheinlich schon von vornherein zu Wohnzwecken diente bzw. sich leicht zu Wohnräumen ausnutzen ließ. Die Wohndichte, berechnet auf das ganze Gebiet mit seinen zahlreichen öffentlichen Gebäuden und Geschäftshäusern, die sich auf nur 141 Personen auf 1 ha stellt, zeigt natürlich ein falsches Bild. Greift man dagegen einige der alten Baublocks heraus, die noch vorwiegend Wohnzwecken dienen, so kommt man z. B. für das Gebiet in den Grenzen: An der Fischerbrücke, Friedrichsgracht, Rittergasse, Schornsteinfegergasse, Fischerstraße, Köllnischer Fischmarkt und Mühlendamm zu 480 Personen auf 1 ha.

Von den gezählten 3506 Wohnungen sind 16,14 v. H. überfüllt, d. h. es wohnen in einem Raum mehr als zwei Personen, in dem vorhergenannten engeren Bezirke steigt diese Zahl sogar auf 21,52 v. H. an. Nach der Größenzahl betrachtet sind von den einräumigen Wohnungen 12,4, von denen mit Stube und Küche 36,8, von zweiräumigen 11,6, von den dreiräumigen 4 v. H. überfüllt. Im übrigen wird die Hälfte aller Wohnungen nur von Einzelpersonen oder kinderlosen Ehepaaren bewohnt, so daß nach dem Berichte bei einer etwaigen Räumung der Gegend die Beschaffung des erforderlichen Ersatzraumes vielleicht am besten und billigsten durch Ledigen- bzw. Altersheime zu beschaffen wäre. Fast alle Wohnungen befinden sich im Zustande des fortschreitenden Verfalles, unsere Bilder lassen das deutlich erkennen, noch mehr die Einzelbeschreibung einer großen Zahl der untersuchten Wohnungen, die unsere Quelle enthält, und die zum Teil ein erschütterndes Bild von den dortigen Wohnungsverhältnissen ergeben. Wir müssen hier auf ihre Wiedergabe verzichten und lassen nur das Bild sprechen und die sogenannte „Ruinenkarte", die erkennen läßt, welche der heute noch bewohnten Häuser zu Wohnzwecken völlig ungeeignet sind.

Abgesehen von einigen Bauten monumentalen Charakters — von denen man leider schon ein gutes Teil unnötigerweise geopfert hat, um jetzt leerstehende Geschäftshäuser an ihre Stelle zu setzen — zeigen die meisten der Wohnstraßen dieses Bezirkes der Altstadt nur dürftigen Mittelstadtcharakter aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ohne besonderen architektonischen Wert. Weit Besseres ist rücksichtslos der Spekulation oder der Großmannssucht in Alt-Berlin geopfert worden. Der Bericht betrachtet es daher nicht als ein pietätloses Vorgehen, daß, wenn dem Verkehr zwischen der Alexanderstraße und dem Westen und umgekehrt neue Wege erschlossen werden müssen, hier Manches beseitigt wird, was einem solchen Vorhaben im Wege steht, wobei aber im Zusammenhang damit eine Sanierung dieses ganzen Viertels durchgeführt werden muß. Der City-Ausschuß hat die Durchführung eines Wettbewerbes zur Gewinnung eines Bebauungsplanes für die Berliner Altstadt seinerzeit schon angeregt und dafür wertvolle Vorarbeit geleistet. Einen solchen zu veranstalten, liegt durchaus im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, selbst wenn die Durchführung des Planes seiner Gestaltung nicht auf dem Fuß folgen kann. — —

Davor, daß aus überspannten Verkehrsforderungen auch wertvolle Bauten und das, was an romantischem Reiz etwa noch das alte Berlin bietet, nicht unüberlegt geopfert wird, davor wird uns ja der neue Geist der heutigen Zeit bewahren.

Bilder aus der Berliner Altstadt

Fotos der Fotowerkstatt der Berliner Nord-Südbahn-AG.

Ruinen Stralauer Straße 48-50

Teilplan der Berliner Altstadt mit Angabe des baulichen Zustandes

Ruinen Stralauer Straße 35-37

Parochialstraße gegenüber dem Stadthaus

Durchgang von der Straße „An der Fischerbrücke" zur Fischerstraße

Hof im Hause Nikolaikirchplatz 7-8

Wohnung im Hause Nikolaikirchplatz 7-8

Der Jüdenhof in Berlin. Dahinter Turm des Stadthauses

Laubengang im Hause Neue Friedrichstraße 99

Küche im Hause Nikolaikirchplatz 7-8

Treppe im Hause Nikolaikirchplatz 7-8

Bilder aus der Berliner Altstadt

Treppe im Hause Spreestraße 14-15 („Sperlingsgasse")
(völlig finster, Blitzlicht-Aufnahme)

Rentnerwohnung in der Altstadt. Spreestraße 14-15
(Hinter den Kulissen der „Sperlingsgasse")

Wohnung im Hause Nikolaikirchplatz 7-8

Bilder aus der Berliner Altstadt

ALTHAUS- UND ALTSTADTSANIERUNG

Erster Baudirektor Karl Koester, Hamburg

Nachdem die Reichsregierung durch den Mund des Herrn Reichsarbeitsministers hat ankündigen lassen, daß sie in den kommenden Jahren die Sanierung der Altstädte in großen und kleineren Städten, aber auch die Sanierung schlechter Wohnungsverhältnisse auf dem Lande planmäßig und großzügig durchführen und durch Reichsbeihilfen fördern will, hat eine sehr rege Erörterung dieser Frage eingesetzt. Die Durchführung dieser Aufgabe ist in der Tat in mehrfacher Hinsicht von allergrößter Bedeutung. Es war zu erwarten, daß der nationalsozialistische Staat dieser Aufgabe nicht aus dem Wege gehen würde, wie es die früheren Regierungen getan haben, daß er vielmehr diesen Stier bei den Hörnern fassen würde. Er ist es sich selbst schuldig und seiner Mission, daß er versucht, auch die letzte Wohnung zu beseitigen, die menschenunwürdig und staatspolitisch bedenklich ist. Also aus staatspolitischen Gründen heraus, die bevölkerungspolitische und sicherheitspolitische einschließen, wird diese Aufgabe in Angriff genommen. Für unsere Wirtschaft, insbesondere die Bauwirtschaft, und für den Kampf zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ist sie von ungewöhnlicher Bedeutung.

Man kann die Aufgabe in drei große Abschnitte teilen:

I. Die Instandsetzung des Althausbesitzes und seine Erhaltung, eine bereits in sehr großem Umfange und mit sehr gutem Erfolge begonnene Aufgabe.

II. Eine Sanierung des Althausbestandes durch Beseitigung von Gebäudeteilen, wie Seitenflügel, Schlitzbauten, Terrassen usw., deren Bestand schlechte Belichtung und Belüftung der Wohnungen verursacht.

III. Die Sanierung durch völligen Abbruch einzelner Gebäude und von Gebäudekomplexen.

Die Althaussanierungen, soweit sie lediglich Instandsetzung und Unterhaltung bedeuten, bedürfen im Rahmen dieser Erörterungen keiner weiteren Erwähnung. Dagegen wird die zweite Gruppe der Sanierungsaufgaben wahrscheinlich wohl eine mindestens ebenso wichtige Rolle zu spielen haben wie die dritte.

Die Verhältnisse auf diesem schwierigen Gebiet sind in unseren Städten zweifellos außerordentlich verschieden. Es wird ganz unmöglich sein, für die praktische Arbeit allgemeine Richtlinien geben zu wollen. Es wird stets von Fall zu Fall zu prüfen sein, was zweckmäßigerweise jeweils getan werden kann.

Am meisten ist in neuerer Zeit wohl über die Pläne der Altstadtsanierungen in Kassel, Braunschweig und Hamburg geschrieben worden. In Kassel und Braunschweig steht die Erhaltung der schönen Altstadt-Straßenbilder und Altstadt-Plätze als vornehmste Pflicht im Vordergrunde. Es gilt hier, die Innenräume der Baublocks von allzuvielen, zum Teil in unglaublicher Weise zusammengeschachtelten Bauten aller Art zu befreien und die Vorderhäuser soweit umzubauen, als dies zur Erzielung guter Belichtungs- und Belüftungsverhältnisse für die verbleibenden Wohnungen notwendig ist*). In Hamburg lagen und liegen die Dinge wesentlich anders.

Hamburg besitzt kaum Altstadtgebiete, deren Erhaltung da, wo saniert werden muß, aus den für Kassel und Braunschweig maßgebenden Gründen an Straßen und Plätzen unbedingt notwendig wäre. Es wird zwar mancher malerische Reiz verlorengehen, wenn hier, wie bereits vor dem Kriege in der Nähe des Hauptbahnhofes, ganze Straßenzüge einschl. der Hintergebäude abgerissen werden müssen. Aber der bauliche Zustand der meisten Gebäude ist so schlecht und der Architekturwert hierbei doch nicht so bedeutend, daß die Erhaltung angesichts der dafür erforderlichen außerordentlich hohen Instandsetzungsmittel verantwortet werden könnte. Wenn man daher in Kassel und Braunschweig und in ähnlich gelagerten Fällen sich mit der Festsetzung von Hofbaufluchten begnügen kann, so ist in Hamburg die Aufstellung neuer Bebauungspläne nicht zu umgehen. Es ist selbstverständlich, daß die Gebäude in solchen Sanierungsgebieten keine öffentlichen Mittel erhalten dürfen für Instandsetzungsarbeiten. Schwieriger wird die Entscheidung hierüber bei Anträgen für Gebäude, bei denen eine Sanierung bedenklicher Wohnungsverhältnisse ohne Abbruch des ganzen Gebäudes notwendig erscheint. Hier sollte der Grundsatz herrschen, daß die verfügbaren Mittel der öffentlichen Hand und der Wirtschaft auf keinen Fall zur Dauerhaftmachung von Wohnungen Verwendung finden, deren Veränderung oder Entfernung aus staatspolitischen und bevölkerungspolitischen Gründen, in bezug auf Belichtung und Belüftung und Häufung der Wohnungen, notwendig wäre. Es sollte vielmehr in möglichst großem Umfange eine echte Sanierung dieser Art von Althäusern mit Hilfe der neuen Mittel, die das Reich dafür geben will (als Darlehen und als Zuschuß), zum Ziel gesetzt werden. Diese Sanierungsaktion wird sich wahrscheinlich weniger auf die echten Altstädte erstrecken, sondern auf die zum Teil entsetzlichen Wohnungsbauten, die im letzten Jahrhundert, vor allem nach dem Kriege 1870/71 — nicht zum Ruhme der damals herrschenden Schichten und Männer — gebaut worden sind. Daß die Entwicklung dieser schrecklichen, zum Teil schauerlichen Wohnungsverhältnisse durch den Erlaß damals „neuzeitlicher" Bauordnungen und Aufstellung entsprechender Bebauungspläne behördlich gefördert worden ist, trotz der vielen warnenden Stimmen, die sich schon nach den siebziger Jahren dagegen erhoben, ist eine höchst unerfreuliche Tatsache. Sie zwingt die heute maßgebenden Stellen auch auf diesem Gebiete zu einer neuen Aufgabe, die zwar vielfach in Angriff genommen, aber noch lange nicht genügend ausgebaut worden ist, zu Maßnahmen, die wahrscheinlich von gar vielen heute noch als radikal und rücksichtslos bezeichnet werden. Man darf andererseits nicht darüber im Zweifel sein, daß ohne gewisse Härten das Ziel nicht zu erreichen ist.

Neben solchen Maßnahmen, die von den örtlich zuständigen Stellen aus rechtsgültig angeordnet und durchgeführt werden können, bedarf es aber gesetzgeberischer Mitwirkung des Reiches, ohne die die Aufgabe nicht zu lösen ist. Es ist eine Ermächtigung notwendig, daß Wohnungen, deren Beseitigung oder Veränderung im Rahmen einer Sanierungsaktion als notwendig erachtet wird, zu jeweils festzusetzenden Zeitpunkten endgültig zu räumen sind. Es ist ferner die Ermächtigung notwendig, für solche Sanierungsobjekte eine Veränderung des Grundbuches ohne Zustimmung der Sanierungsbehörde zu verbieten. Und es muß drittens ein Weg gesucht werden zur Entschuldung dieser Grundstücke. Was für die Landwirtschaft möglich gewesen ist, wird sich wohl auch für diese Sanierungsaufgaben erreichen lassen. Es ist anzunehmen, daß dadurch für die öffentliche Hand in finanzieller Beziehung eine wesentliche Erleichterung erreicht werden kann; statt der jetzt notwendigen Auszahlung aufstehender Hypotheken vor

*) Anmerkung der Schriftleitung. Vgl. DBZ 1932, S. 678.

Beginn des Abbruchs würde nur eine langfristige Tilgung notwendig sein.

Man muß die Frage der Sanierung in der Form der völligen Beseitigung vorhandenen Altwohnungsraumes in unmittelbare Beziehung setzen zu der Aufgabe, durch Instandsetzung die Erhaltung und Dauerhaftmachung vorhandenen brauchbaren Altwohnungsbesitzes zu erreichen, sowie zur Aufgabe der Auflockerung der Städte und der Schaffung möglichst zahlreicher Eigenheimstellen. Es ist nicht zu vergessen, daß in den Fällen, in denen ganze Stadtteile etwa einer Sanierung zum Opfer fallen, wieder Neubauten, unter den heutigen Verhältnissen wahrscheinlich wieder Wohnungsneubauten, entstehen. In dieser Zusammenfassung der Aufgabe als einer einheitlichen, geordneten Gesamtaktion sehen wir die Möglichkeit einer großen Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe als Ausfluß des letzten Endes auf Sanierung des Volkes eingestellten Willens unseres Volkskanzlers Adolf Hitler.

LEERSTEHENDE WOHNUNGEN IN DEN GROSSSTÄDTEN

Folgerungen für die weitere Wohnungswirtschaft

Ingenieur Otto Schröder, Berlin

Kürzlich veröffentlichte das „Statistische Reichsamt" die Ergebnisse der im Zusammenhange mit der Volkszählung vom 16. Juni 1933 durchgeführten Zählung der vorhandenen und leerstehenden Wohnungen. Danach ist der prozentuale Anteil unbewohnter Wohnungen im Vergleich zum Gesamtwohnungsbestand heute geringer als vor dem Kriege. Nur liegen die Verhältnisse von heute und vor dem Kriege ganz anders. Es besteht jetzt wenig Aussicht, daß Großwohnungen in absehbarer Zeit wieder zu einem bedeutenderen Teil vermietet werden; vor dem Kriege wurde auf Vorrat gebaut, der immer stärker werdenden Nachfrage entsprechend. Sowohl Hauswirt wie öffentliche Verwaltung haben ein Interesse daran, daß der freie Wohnraum nicht unbenutzt bleibt. Man geht daran, die großen Wohnungen zu teilen. Im allgemeinen betrachtet ist dies eine zweckmäßige Maßnahme, denn vom Gesamtbestand an großen Wohnungen in 52 Großstädten sind 3 v. H. unvermietet. Aber man darf nicht mit solchen Durchschnittszahlen rechnen, denn es sind recht große Unterschiede in den einzelnen Großstädten festzustellen. Ich werde das im Verlaufe dieser Ausführungen zeigen. Es ist nicht in jedem Falle richtig, Großwohnungen zu teilen. (Großwohnungen sind es, wenn 7 und mehr Räume, Mittelwohnungen, wenn 4 bis 6, und Kleinwohnungen, wenn 1 bis 3 Räume, in jedem Falle einschließlich Küche, vorhanden sind.)

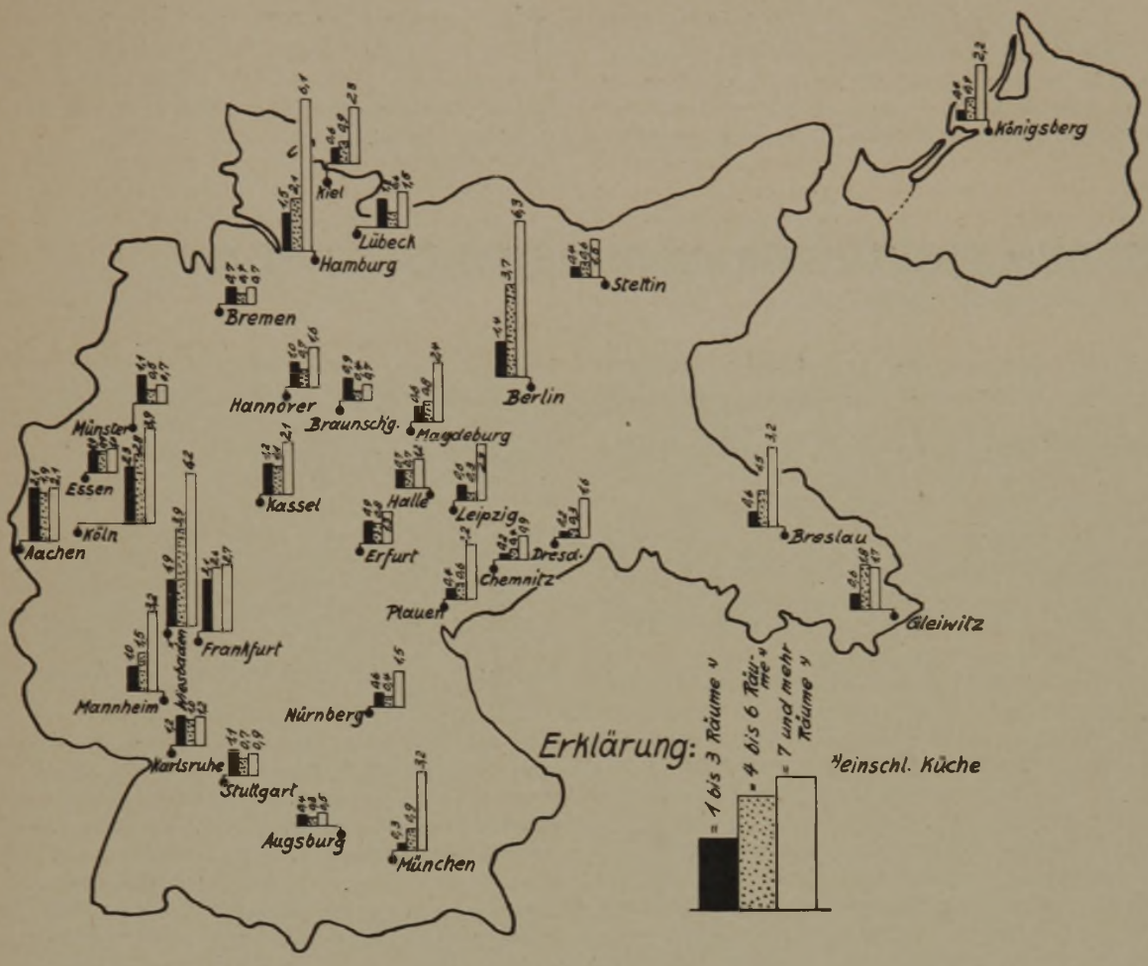
Entwicklung seit der Wohnungszählung 1927

Im allgemeinen standen bei der Zählung im gegenwärtigen Jahre prozentual mehr Wohnungen leer als im Jahre 1927. An der Spitze steht die Stadt Köln, denn von 100 Wohnungen waren 1933 2,6, im Jahre 1927 aber nur 0,4 unbewohnt. Nicht viel besser war die Entwicklung in Hamburg. Berlin kommt auf den dritten Platz; heute sind in Berlin von den gesamten Wohnungen 2,2 v. H. unvermietet, 1927 waren es nur 0,3 v. H. Auch in Aachen ist der Prozentsatz leerstehender Wohnungen erheblich angewachsen. In Augsburg, Chemnitz, Plauen und Stettin sind dagegen heute nur um 0,1 v. H. mehr Wohnungen unvermietet als im Jahre 1927. In Bremen standen am Zähltage 1933 genau so viel Wohnungen leer wie 1927 (0,5 v. H.). Eine Ausnahme macht Dresden; es wurde eine den anderen Großstädten entgegengesetzte, d. h. bezüglich jetzt vorliegender Baumöglichkeit günstige Entwicklung festgestellt. Im Jahre 1927 waren noch 0,5 von 100 Wohnungen unbenutzt; in diesem Jahre konnten nur für 0,3 v. H. der vorhandenen Wohnungen keine Mieter gefunden werden. Man ist geneigt, anzunehmen, daß in allen Großstädten mehr große als kleine Wohnungen leerstehen. Das ist aber nicht der Fall, und diese Ausnahmen berechtigen auch das vorhin Geschriebene, daß nämlich nicht Durchschnittszahlen allgemein maßgebend sein können. In Stuttgart sind von allen Großwohnungen 0,9 v. H., von allen Kleinwohnungen sogar 1,1 v. H. unbenutzt. Ähnlich ist das Verhältnis für die Stadt Braunschweig; 0,7 v. H. unvermieteten Großwohnungen stehen 0,9 v. H. unbewohnte Kleinwohnungen gegenüber. Bei der Stadt Münster i. W. liegt der Fall noch krasser; da stehen 0,7 v. H. der Großwohnungen und 1,1 v. H. der Kleinwohnungen leer! In einigen Städten, so in Bremen (0,7 v. H.), Karlsruhe (1,2 v. H.) und Aachen (2,1 v. H.), sind die Anteile der leerstehenden Groß- und Kleinwohnungen am entsprechenden Gesamtbestand gleich hoch. In allen anderen großen Städten sind prozentual mehr, mitunter sehr viel mehr, Großwohnungen als Kleinwohnungen unvermietet.

Es gibt eine ganze Reihe von Städten (Bochum, Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Harburg-Wilhelmsburg, Ludwigshafen, Oberhausen und Würzburg), in denen die Anteile der leerstehenden Wohnungen im Vergleich zum Gesamtbestande der entsprechenden Größenklasse 1 v. H. nicht überschreiten. Bei der Stadt Augsburg liegt der Prozentsatz sogar in keinem Falle höher als 0,5. Natürlich erscheint für diese Städte in der Regel ein günstiger Gesamtsatz aller unbewohnten Wohnungen im Vergleich zu den überhaupt vorhandenen. Aber dieser Gesamtsatz ist auch für die Städte Dresden, Königsberg, Leipzig, Nürnberg, Plauen und Stettin verhältnismäßig niedrig, trotzdem hier der Anteil leerstehender Großwohnungen im Vergleich zum entsprechenden Gesamtbestande mehr als 1 v. H., in einigen Fällen sogar mehr als 2 v. H. beträgt.

Außer für die zuletzt genannten ist auch für die Städte Braunschweig, Erfurt, Halle, Hannover, Kiel, Magdeburg und München sowohl für die Klein- als auch Mittelwohnungen ein Anteil unvermieteter Wohnungen von nicht mehr als 1 v. H. festzustellen.

Es ist verständlich, daß die größten Städte mit den prozentual meisten leerstehenden Großwohnungen an der Spitze stehen. Und doch gibt es auch in dieser Beziehung recht krasse Ausnahmen. Die in bezug auf Einwohnerzahl erst entfernt von Berlin einzuordnende Stadt Wiesbaden steht mit ihren leeren Wohnungen in der Liste gleich hinter der Hauptstadt. Auf 100 Großwohnungen entfallen in Berlin 6,3, in Wiesbaden 6,2 leerstehende. Hamburg folgt mit 6,1 v. H. unvermieteten Großwohnungen. Die nächtshöchsten Prozentsätze unbenutzter Großwohnungen weisen die Städte Köln und Beuthen i. O. (3,9 v. H.), München, Breslau und Mannheim (3,2 v. H.), Frankfurt/Main und



Prozentualer Anteil der leerstehenden Wohnungen jeder Größenklasse am Gesamtbestand derselben Größenklasse

Wuppertal (2,7 v. H.) usw. auf. Die nach Größe (Einwohnerzahl) schon weit früher einzuordnenden Städte Leipzig (2,3 v. H.), Dresden (1,6 v. H.), Essen (1,0 v. H.) würden erst viel später in dieser Reihe erscheinen. — Prozentual am wenigsten Großwohnungen stehen in Dortmund und Augsburg (0,5 v. H.), in Gelsenkirchen, Bochum, Oberhausen und Mülheim a. d. R. (0,6 v. H.) leer.

Bei den Mittelwohnungen steht Wiesbaden an erster Stelle vor Berlin. In Wiesbaden zählt man unter 100 Mittelwohnungen 3,9, in Berlin 3,7 leerstehende. Die Stadt Köln nimmt den ihr nach der Größe auch zustehenden dritten Platz (2,8 v. H. unvermietete Mittelwohnungen) ein. Dann folgen Frankfurt/Main (2,6 v. H.), Düsseldorf (2,5 v. H.) und an sechster Stelle erst Hamburg mit 2,1 v. H. Die Städte München und Essen (je 0,9 v. H.) erscheinen erst viel später in der Zusammenstellung. Von Bedeutung ist, daß in Leipzig und Dresden, die doch zu den größten deutschen Städten zählen, prozentual die wenigsten Mittelwohnungen leerstehen; unter 100 mittelgroßen Wohnungen befinden sich nämlich nur 0,3 unvermietete. Auch die Stadt Augsburg hat diesen verhältnismäßig geringen Anteil aufzuweisen. Weitere Städte mit wenig leerstehenden Mittelwohnungen (0,4 v. H.) sind Nürnberg, Chemnitz, Bremen, Oberhausen, Braunschweig und Würzburg.

Bei den Kleinwohnungen ist der Zusammenhang zwischen Größe der Einwohnerzahl und Menge der unvermieteten Wohnungen noch weniger zu erkennen. Berlin nimmt nicht den ersten, sondern erst den elften Platz auf der nach der prozentual größten Zahl unbewohnter Kleinwohnungen aufgestellten Liste ein; es stehen in der Hauptstadt von 100 kleinen Wohnungen 1,4 leer. In der Stadt Düsseldorf, die am Kopf dieser Liste steht, beträgt der Prozentsatz 2,6. Danach kommen Remscheid (2,5 v. H.), Köln (2,3 v. H.), Aachen (2,1 v. H.), Frankfurt/Main (2,1 v. H.) usw. Die Stadt Hamburg ist mit ihren 1,5 unvermieteten von 100 vorhandenen Kleinwohnungen vor Berlin einzuordnen. München und Dresden fallen — wie Dresden auch schon bei den Mittelwohnungen — heraus. Dresden hat neben Chemnitz prozentual (0,2 v. H.) die wenigsten freien Kleinwohnungen. München weist 0,3 von 100 kleinen Wohnungen als unvermietet aus. Verhältnismäßig wenig leerstehende Kleinwohnungen (0,4 v. H.) sind auch in Augsburg, Plauen, Stettin, Königsberg und Gelsenkirchen.

Schlußfolgerungen

Ich bin der Meinung, daß diese Zahlen für den Bauunternehmer, aber auch für die öffentlichen Stellen, die sich mit dem Bauwesen zu befassen und bei der Vergebung von Darlehen entscheidenden Einfluß haben, von großer Bedeutung sind. Es wäre einfach falsch, z. B. in Augsburg, Münster oder Bremen an die Teilung von Großwohnungen heranzugehen und dafür geldliche Mittel zu verwenden, denn in diesen Städten stehen so wenig große Wohnungen oder im Verhältnis dazu so viel kleine Wohnungen leer, daß wirklich kein Vorteil in dieser Maßnahme zu ersehen ist. Dagegen dürfte z. B. für München oder Plauen die Teilung großer Wohnungen, wenn sie in günstige, nicht zu teuere Kleinwohnungen verwandelt werden können, angebracht sein. In Wiesbaden sind zwar sehr viele leere Großwohnun-

gen, aber auch viele leere Kleinwohnungen vorhanden; auch mangelt es nicht an Mittelwohnungen. Hier z. B. hat es gar keinen Zweck, umzubauen, es sei denn, daß noch billigere Kleinwohnungen, als die schon vorhandenen, geschaffen werden können. Auch in Berlin steht von jeder Größenklasse viel Wohnraum unbenutzt. Die Kleinwohnungen dürfen nur durch wirklich billige vermehrt werden. Dasselbe gilt z. B. für die Städte Aachen, Frankfurt/Main und Köln. — Man kann so für jede Stadt Betrachtungen über Baumöglichkeiten anstellen. Die beigegebene graphische Darstellung soll dem Leser diese Arbeit erleichtern.

FÜR DEN EIGENHEIM- UND HEIMSTÄTTENBAU

Dr.-Ing. J. W. Ludowici, Jockgrim (Pfalz)

(Schluß aus Heft 1)

Es muß heute vieles aus einem guten Glauben und einem starken Willen heraus gemacht werden. Die vergangenen Jahre haben uns ja gelehrt, wie eng die Grenzen des menschlichen Verstandes gezogen sind, insbesondere wenn er den „gesunden Menschenverstand" nicht mehr zu seinem Recht kommen läßt. Manches wird heute sicher auch in der Siedlung aus einem richtigen Instinkt getan werden müssen und läßt sich nicht vorausberechnen. In diesem Falle beweist ja aber schon ein ganz nüchternes Rechenexempel die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

Wir werden in Zukunft mit grundsätzlichen Verlagerungen in der deutschen Wirtschaft zu rechnen haben. Zum Teil lassen sich die Ansätze hierzu heute schon beobachten. Der Nationalsozialismus fördert das persönlich geleitete mittlere und kleine Unternehmen. Er hat kein Interesse daran, wenn diese Unternehmungen sich in den Städten konzentrieren, sondern begrüßt ihre Abwanderung auf das Land. Wir leiden in Deutschland an einer unglückseligen Verstädterung, die zu unserer sozialen Zerrüttung viel beigetragen hat. Schon allein die heutige Bedrohung durch die feindlichen Luftmächte zwingt zu einer systematischen Aussiedlung und Neusiedlung. Wir dürfen den heutigen Umgestaltungsprozeß nicht dadurch hindern, daß wir ausgerechnet die freien Arbeitskräfte, also die Erwerbslosen, an dem Orte festnageln, wo sie arbeitslos geworden sind, bevor wir diejenigen Arbeitskräfte im Boden verwurzelt haben, die an Ort und Stelle in einem bodenständigen Gewerbe verwurzelt sind. In Zukunft soll vor allem der Stammarbeiter bei der Siedlung berücksichtigt werden, also der Arbeiter, der mit einem Berufe verwurzelt ist. Nur bei ihm können wir es verantworten, daß wir ihn auch mit dem Boden verwurzeln. Es wird heute viel davon gesprochen, daß wir zur Beschäftigung der Erwerbslosen die Arbeitszeit einschränken sollen. Hiermit werden aber nicht mehr Güter produziert, und infolgedessen können auch nicht mehr Güter verteilt werden. Dies heißt aber gar nichts anderes, als daß der heute bestehende Unterschied in der Kaufkraft des Arbeiters und des Arbeitslosen nach unten ausgeglichen wird. Dies widerspricht unseren sozialen Forderungen. Deshalb sollte die Arbeitszeit erst dann eingeschränkt werden, wenn der Arbeiter Gelegenheit hat, außerhalb der industriellen Arbeitszeit sich im eigenen Garten Werte zu schaffen und auf diese Weise sein altes Realeinkommen nicht nur zu erhalten, sondern vielleicht sogar zu erhöhen.

Wenn wir siedeln, so verbinden wir das Schicksal eines Menschen und das Schicksal einer Familie mit dem Boden. Wir haben hiermit das elementare Problem des Staates überhaupt in der Hand. Es ist nicht gleichgültig, unter welchen seelischen Voraussetzungen der Siedler mit seiner Familie an die Arbeit geht, um sich eine eigene Scholle zu erobern. Die Verbindung mit dieser Scholle, die wir in nationaler, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht als gleich bedeutungsvoll erkannt haben, erfolgt erst dann, wenn sie tatsächlicher Besitz des Siedlers geworden ist. Die Arbeit, die Sorgen und die Hoffnungen, die er Jahr für Jahr in diese Scholle gesenkt hat, knüpfen das Band zwischen ihm und dem Boden. Weder der Siedler noch der Träger der Siedlung dürfen sich der schweren Täuschung hingeben, daß mit dem Tage des Einzugs der Familie in die fertige Siedlerstelle dieser Augenblick schon erreicht ist. Erst wenn diese Stelle schuldenfrei vor dem Siedler steht, kann er sagen, dies ist mein Eigentum. Von diesem Bewußtsein des eigenen Besitzes, der mit eigener Kraft erobert wurde, hängt aber alles ab. Deshalb muß ihm dieses Bewußtsein des eigenen Besitzes schon in einigen Jahren gegeben werden.

Es ist ein Selbstbetrug und ein Betrug des Siedlers, wenn man sich von Maßnahmen einen nachhaltigen Erfolg verspricht, die den Siedler erst am Ende seines Lebens in den tatsächlichen schuldenfreien Besitz seines Anwesens bringen. Was hat der Siedler davon und was hat der Staat davon, wenn er schließlich nur erreicht, daß sein Sterbebett auf eigenem Grund und Boden steht. Da im allgemeinen für den Erbfall mehrere Söhne vorausgesetzt werden sollten, so würden also diese Söhne mit dem gleichen Lied von vorne wieder anfangen. Tatsache wäre also, daß der Siedler und seine Nachkommen nicht auf eigenem Besitz, sondern in Miete wohnen würden.

Der stufenweise Aufbau eines Anwesens, bei dem der nächste Schritt immer erst gemacht wird, wenn das Vorherige durch völlige Abzahlung aller Schulden in den tatsächlichen Besitz übergegangen ist, bedeutet gar nichts anderes als ein allgemeines organisches Gesetz. Alles natürliche Wachstum ist ihm unterworfen. Der Siedler gewinnt nicht nur auf jeder Stufe, die er erreicht hat, von neuem die Besitzfreude und ein gesteigertes Selbstbewußtsein, sondern er gewinnt noch zwei weitere Vorteile:

1. Das neue Ziel, das er sich steckt, bleibt immer übersehbar nach Größe und Zeit.
2. Er kann auf jeder Stufe einhalten, ausruhen und sich selbst besinnen.

Vergessen wir nicht, daß neben unserem schönen Plan das Lebensschicksal einer Familie seine eigenen Wege geht. Bei einem organischen stufenweisen Aufbau sind die Menschen immer gegen die Angriffe des Schicksals sicherer und mehr gefestigt. Stufe um Stufe klettern sie empor, immer nur soviel, wie es ihren eigenen Kräften entspricht. Der Andere dagegen, der gleich alles haben möchte, geht zeitlebens einen Schuldenweg, wird leicht durch das Schicksal umgeworfen und hat schließlich nichts, weil er gleich alles haben wollte. Er gleicht einem Menschen, der sich zeitlebens abmüht, eine hohe Mauer zu überspringen, statt sich einer danebenliegenden Treppe zu bedienen.

„Größer als jeder Feldherr ist mir der Mann, der macht, daß dort, wo bisher eine Ähre wuchs, ihrer zwei stehen!"